

22 - 1705

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Herrn Robert Hergovich

Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 23. Jänner 2024

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Kein Businesspark Nickelsdorf auf der grünen Wiese“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Wirtschaftsagentur Burgenland zu beauftragen, den Bau des Businessparks in Nickelsdorf aufgrund der massiven Bodenversiegelung von 78 Hektar abzusagen.

Entschließung

Die Wirtschaftsagentur Burgenland plant den Bau eines Businessparks in Nickelsdorf auf einer kolportierten Fläche von 78 Hektar. Das Gebiet liegt direkt an der Autobahn A4, weit außerhalb der Siedlungsgrenzen, völlig ohne Anbindung an den öffentlichen Verkehr und ist nur mit dem Auto zu erreichen. Jüngsten Medienberichten ist zu entnehmen, dass es auch seitens der Naturschutzsachverständigen des Landes Bedenken gegen den Businesspark aufgrund geschützter Tierarten gibt.

Der Bezirk Neusiedl am See ist längst übersättigt mit Businessparks und Fachmarkzentren. Abgesehen von den obligatorischen Supermärkten am Ortsrand jeder zweiten Gemeinde befinden sich ganz in der Nähe des geplanten Gebietes das Outlet Center Parndorf samt Pado Einkaufszentren und völlig leer stehendem Frunpark Einkaufszentrum, das Betriebsgebiet Frauenkirchen und der Businesspark Kittsee, wo noch mehr als 80 Hektar bereits als Betriebs- oder Industriegebiet gewidmet aber unbebaut sind.

Auch der WWF kritisierte den geplanten Businesspark in Nickelsdorf bereits vehement. Eine interkommunale Raumplanung sei zwar grundsätzlich sinnvoll, rechtfertige aber keinen unnötigen Bodenverbrauch. Die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit solle vor allem eine flächensparende Entwicklung ermöglichen und unnötige Projekte verhindern, hält der WWF fest und sagt in seiner Aussendung unmissverständlich: „Aus all diesen Gründen unterstützt der WWF den neuen Businesspark explizit nicht.“

Auch finanziell rechnet sich der Businesspark für die teilnehmenden Gemeinden des Bezirks nicht. Die Investitionskosten der Gemeinden amortisieren sich erst nach Jahrzehnten durch den kleinen Teil der auf sie entfallenden Kommunalsteuern.

Die Landesregierung ist gut beraten, das alte Denken und die Politik der Bodenversiegelung zu beenden, und stattdessen den Blick auf eine Zukunft des Bodenschutzes und der klugen Nutzung von bestehenden Leerständen zu richten.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Umweltausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.